

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Jugendliche zeigen wenig Interesse an Sprachaufenthalten

Wo: Sonntagszeitung

Wer: Denis von Burg

Wann: 28. August 2022

Das Ziel war ambitioniert. 2017 verabredeten Bund und Kantone, dass jeder und jede in diesem Land während der Ausbildungszeit mindestens einen längeren Aufenthalt in einem anderen Sprachraum machen soll, sei es in der Schweiz oder im Ausland. «Austausch und Mobilität sollten zum festen Bestandteil jeder Biografie werden», sagten die Behörden und gründeten dafür die Agentur Movetia. Diese mit über 40 Millionen Franken vom Bund finanzierte Agentur hat den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Austauschprogramme zu organisieren und zu fördern.

Der Erfolg ist indes bescheiden. Nachdem 2017 rund zwei Prozent aller Schüler von der ersten bis zur 12. Klasse an einem Sprachaustausch teilgenommen hatten, konnte die Quote laut Movetia bis 2019 auf etwa drei Prozent gesteigert werden. In der Corona-Zeit sind die Zahlen richtiggehend eingebrochen, jetzt erholen sie sich wieder auf ungefähr das Niveau von vor der Pandemie.

Ungenügend, findet man selbst bei Movetia. «Es gibt noch viel zu tun. Die Schweiz ist noch weit weg von der Vision, dass Austausch und Mobilität Bestandteil der Ausbildung sind», sagt Movetia-Medienchefin Audrey Fasnacht.

Das Engagement der Kantone sei zwar verbessert worden. Einige wie Zürich oder die Waadt seien Kooperationen über die Sprachgrenzen hinaus eingegangen, um den Austausch von Schülern und Lernenden zu organisieren. Noch immer gibt es aber grosse regionale Unterschiede. Während Westschweizer Kantone und die Regionen an der Sprachgrenze aktiv sind, engagieren sich Teile der Ost- und der Innerschweiz nur bescheiden.

Und vor allem: Das Interesse der Lernenden bleibt vielerorts gering. Während der Studentenaustausch nach Corona wieder deutlich angezogen hat, bleibt die Beteiligung der Jüngeren bescheiden, gemäss Movetia insbesondere in der Berufsbildung. Deshalb will die Agentur jetzt die Strategie ändern und Schülerinnen und Schüler ansprechen. «Nach fünf Jahren und viel Kommunikations- und Sensibilisierungsarbeit bei den Lehrkräften und Behörden wollen wir nun direkt zu den Jugendlichen gehen», sagt Fasnacht. Ende Monat wird Movetia eine Motivationskampagne lancieren. Geplant sind Social-Media-Aktionen, Auftritte an Schulen und an Berufsbildungsanlässen wie den Swiss Skills in Bern. Die Kampagne soll mindestens bis 2024 laufen und ist mit einem Budget von 800'000 Franken ausgestattet. Der Slogan heisst «Learning by Going».

Die Schweiz ist noch weit weg von der Vision, dass Austausch und Mobilität Bestandteil der Ausbildung sind.



© Pixelot – stock.adobe.com

Perle 2: Deshalb wollen sie ihr Pensum nicht erhöhen

Wo: Der Bund

Wer: Naomi Jones

Wann: 23. August 2022

Wenn jede Lehrperson ihr Teilzeitpensum um 10 Prozent erhöhe, könne die steigende Kinderzahl an den Schulen trotz Pensionierungswelle der Babyboomer bewältigt werden. Das stand im Schweizer Bildungsbericht 2018. Bald vier Jahre später sind die Zahlen der Schüler und Schülerinnen gestiegen und die Babyboomer gehen wie vorgesehen in Pension. Bloss die verbleibenden Lehrer und Lehrerinnen haben ihr Pensum nicht erhöht. Nun klagt die Schweiz über einen immer akuten Lehrpersonenmangel. Weshalb also wollen die ausgebildeten Lehrer und Lehrerinnen nicht mehr arbeiten?

Immer lauter wird etwa die Forderung nach einem Mindestpensum, wie es der Kanton Genf kennt. Von vorgeschriebenen Pensen wollen aber hiesige Schulleitende und Lehrpersonen nichts wissen. Daniel Wildhaber, Schulleiter in Münsingen, schickt spontan eine Audiodatei aus dem Lehrerzimmer. Er hat das Kollegium gefragt, was es von einer generellen Erhöhung der Pensen um 10 Prozent, wie vom Bildungsbericht vorgeschlagen, halte. «Dann verliert man auf der Primarstufe alle Frauen, die Mütter sind», sagt eine Lehrerin und schiebt nach: «Dann können sie schauen, wie das mit dem Lehrermangel geht.»

Tatsächlich dürfte der hohe Frauenanteil an der Volksschule von rund 78 Prozent im Kanton Bern einer der wesentlichen Gründe für die hohe Verbreitung von Teilzeitarbeit sein. Während die Männer gemäss einem kürzlich publizierten Bericht der Pädagogischen Hochschule Schwyz während ihrer ganzen Laufbahn durchschnittlich zu etwa 90 Prozent angestellt sind, sinkt das Pensum der Frauen zwischen 27 und 37 Jahren auf durchschnittlich 60 Prozent.

Die Autorin und der Autor des Berichts weisen aber darauf hin, dass auch bei jungen Männern die Teilzeitarbeit immer beliebter werde. «Heute fordern junge Männer selbstverständlich einen Papitag», sagt Wildhaber. «Lehrpersonen haben von Berufs wegen gern Kinder», erklärt Anna-Katharina Zenger von Bildung Bern. Da sei es naheliegend, dass sie die eigenen Kinder grösstenteils selber betreuen wollten. Die veränderten Rollenmuster und der zunehmende Wunsch junger Männer, sich in der eigenen Familie zu engagieren, wird also eher zu noch mehr Teilzeitanstellungen in der Schule führen.

Trotzdem fordert Zenger einen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung, damit insbesondere Mütter trotz Baby ihr Pensum nicht auf ein Minimum reduzieren müssen. Zudem sei ein Teilzeitpensum an der Schule auch bei Leuten beliebt, die daneben intensiv Sport trieben oder mit einem Fuss im Kulturbetrieb stünden.

Der Bericht der PH Schwyz nennt aber noch einen anderen Grund für den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad von rund 70 Prozent im Schulbetrieb. Von rund 3200 befragten Teilzeitlehrpersonen habe jede dritte gesundheitliche Aspekte beziehungsweise die hohe berufliche Beanspruchung als Grund für die Teilzeitarbeit angegeben, erklärt Co-Autorin Anita Sandmeier. Hochgerechnet fehlten in der Deutschschweiz deshalb etwa 2600 Vollzeitlehrpersonen. Sandmeier vermutet im Bericht, «dass Lehrpersonen zur Vermeidung einer zeitlichen Überlastung eher ihr Arbeitspensum reduzieren als bei ihrer Arbeit Abstriche zu machen».

Die Ansprüche der Gesellschaft an die Schule hätten stark zugenommen, erklärt Anna-Katharina Zenger. Das Volksschulgesetz verlangt, dass nach Möglichkeit alle Kinder unabhängig von ihren Möglichkeiten und allfälligen Beeinträchtigungen in der Volksschule integriert werden. Die Zahl der fremdsprachigen Kinder hat stark zugenommen. Dabei soll die Schule möglichst jedem Kind nach seinen individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Zenger findet, [...] entspre-



© Ursula Deja – stock.adobe.com

Um den Pool möglicher Lehrkräfte zu vergrössern, müssen die Schulen auch für junge Männer wieder attraktiv werden, und dies bereits bei der Berufswahl.

chend habe der Aufwand der Lehrkräfte nicht nur im Unterricht, sondern auch bei der Koordination der verschiedenen Angebote und bei der Arbeit mit den Eltern stark zugenommen. Eine weitere Schwierigkeit sei, dass die Jahresarbeitszeit von 1930 Stunden zwar der üblichen 42-Stunden-Woche bei sechs Wochen Ferien entspreche, aber vor allem in den 39 Unterrichtswochen geleistet werden müsse.

Die Gewerkschafterin fordert deshalb maximale Klassengrößen von 20 Kindern und durchgehendes Teamteaching vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse sowie mehr zeitliche Ressourcen bei gleichen Aufgaben für die Schulleitungen. «Die Gesellschaft muss sich entscheiden, wie viel ihr die gute Bildung ihrer Kinder wert ist.» Anna-Katharina Zenger verlangt somit von den Gemeinden, dass sie mehr Lehrer und Lehrerinnen anstellen, und das obwohl es davon bereits heute zu wenig gibt.

Wie kommt die Gesellschaft also zu mehr Lehrpersonen? Dafür müsste sie sich vielleicht in der Wirtschaft umsehen. Der

Fachkräftemangel ist in vielen Branchen ein akutes Thema. Viele bisher männerdominierte Branchen versuchen deshalb gezielt, Frauen anzusprechen. Dazu verändern sie auch die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Schule hingegen, die eine hohe Vereinbarkeit gewährt, ist gerade deshalb zu einem beliebten Arbeitsfeld für Frauen geworden. Nach wie vor sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Frauen ein wesentliches Argument für die Berufswahl, sagt Barbara Ruf, Leiterin der kantonalen Gleichstellungsfachstelle.

Um den Pool möglicher Lehrkräfte zu vergrössern, müssen die Schulen also auch für junge Männer wieder attraktiv werden, und dies bereits bei der Berufswahl. Für sie sei die Vereinbarkeit zwar zunehmend auch ein Thema, doch immer noch sei neben dem Lohn der Status eines Berufs wichtig, erklärt Ruf. Und gerade Letzterer hat seit den 1960er-Jahren unter anderem wegen des steigenden Frauenanteils, der sinkenden Löhne und des veränderten Verhältnisses der Gesellschaft zu Autoritäten besonders stark gelitten.



Perle 3: Maturität – Reformen ohne Not

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: René Roca, Historiker und Gymnasiallehrer

Wann: 31. August 2022

Praktisch geräuschlos läuft im Moment eine Vernehmlassung im Rahmen der sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM). In einem ersten Schritt geht es um die Reform des Maturitätsanerkennungs-Reglements; ein weiterer Reformschritt wird in einem Jahr folgen, wenn es um einen neuen gesamtschweizerischen Rahmenlehrplan (RLP) gehen wird, wofür lediglich noch eine «Anhörung» geplant ist. Die massgebenden Akteure, das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), begründen die Reformschritte damit, dass sich «das schweizerische Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert» habe.

Das ist durchaus der Fall. In diesem Kontext wird explizit auf das HarmoS-Konkordat, auf die neuen sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schule (u.a. Lehrplan 21) und auf den Bologna-Prozess an den Hochschulen verwiesen. Als «letzter Baustein» muss nun noch die Sekundarstufe II, also neben den Berufsschulen und dem KV auch die Maturitätsschulen, ins neue System «eingepasst» werden. Diese Einpassung, so WBF und EDK, sei nötig, da sich die Grundlage der gymnasialen Ausbildung seit der letzten Reform von 1995 kaum weiterentwickelt habe. Zudem werden «Megatrends» wie die Globalisierung und Digitalisierung als Rechtfertigung für die WEGM angeführt, um Reformkritiker gleich vorweg als Ewiggestrige abzukanzeln.

Die WEGM erfolgt zu einem Zeitpunkt, der die gravierenden Mängel der erwähnten Reformen deutlich vor Augen führt und deshalb immer mehr Kritiker auf den Plan ruft. In den letzten 25 Jahren gab es immer wieder sinnvolle Teilrevisionen des Maturitätsanerkennungs-Reglements (MAR) – zum Beispiel die Einführung von Informatik als obligatorisches Fach. Eine grundlegende Reform ist absolut nicht zwingend, die Reform erfolgt also ohne Not.

Die Schweizer Maturität hat weltweit noch einen sehr guten Ruf. Wieso werden die Reformen trotzdem durchgezogen? Insgesamt unterwirft sich die WEGM unkritisch den genannten «Megatrends», um eine Internationalisierung der Bildung zu erreichen. Sie ist letztlich eine blosser Anpassung an das bereits gescheiterte angelsächsische Modell, das den Fokus nur noch auf Kompetenzen legt und den Bildungs- und Wissensbegriff weiter entleert. So wird die Ausrichtung auf Kompetenzen im MAR erstmals erwähnt und initialisiert; für den

neuen, völlig überfrachteten RLP sind Kompetenzen schlicht die Grundlage. Wohin führt das? Entscheidend für ein Gelingen des Bildungsprozesses ist die zentrale Rolle der Lehrperson; diese wird aber mit den Reformen weiter geschwächt.

Zweifellos führen diese auch zu mehr Kontrolle und Steuerung, also zu mehr Gängelung von oben und einer Vertiefung der Top-down-Strategie. Das ist gut für die Bildungsbürokratie des Bundes und der Kantone, aber schlecht für die Lehrpersonen. Die nächsten Reformschritte, so etwa die grundsätzliche Infragestellung des Fächerkanons (ähnlich wie bei der KV-Reform), sind schon in der Pipeline. Die Reform läuft nach einem bewährten Strickmuster ab: Ein überrissenes Reformpaket wird durch kurzfristig terminierte «Konsultationen» und eine Vernehmlassung gejagt.

Das Paket wird dann etwas abgespeckt, der Rest wird aber durchgedrückt, ein letztlich intransparentes und undemokratisches Verfahren.

Was tun? Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der «prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen», erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der «Bologna-Prozess» an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden. Die alleinige Fixierung auf letztlich ideologisch motivierte «Kompetenzen» ist zu revidieren, und Lernziele sind wieder mit einem vernünftigen Wissensbegriff klarer zu fassen. Nur so kann ein humanistischer Bildungsbegriff zurückgewonnen werden, der die Qualität der Gymnasien langfristig sichert und die kontinuierliche Niveausenkung stoppt. Zudem würde so auch das zweite Ziel der gymnasialen Maturität, die «vertiefte Gesellschaftsreife», wieder in greifbarere Nähe rücken.

Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der «prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen», erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der «Bologna-Prozess» an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden.

Die alleinige Fixierung auf letztlich ideologisch motivierte «Kompetenzen» ist zu revidieren, und Lernziele sind wieder mit einem vernünftigen Wissensbegriff klarer zu fassen. Nur so kann ein humanistischer Bildungsbegriff zurückgewonnen werden, der die Qualität der Gymnasien langfristig sichert und die kontinuierliche Niveausenkung stoppt. Zudem würde so auch das zweite Ziel der gymnasialen Maturität, die «vertiefte Gesellschaftsreife», wieder in greifbarere Nähe rücken.

Falls das erste Ziel der gymnasialen Maturität, nämlich der prüfungsfreie Zugang zu den universitären und pädagogischen Hochschulen, erreicht werden soll, müssen die bisherigen Reformen der Volksschule und auch der Bologna-Prozess an den Hochschulen kritisch hinterfragt werden.



Perle 4: Jetzt haben alle Sek-Schüler ein iPad

Wo: Volksstimme

Wer: Janis Erne

Wann: 16. August 2022

Nach jahrelanger Projekt- und Umsetzungsphase ist es soweit: Sämtliche Baselbieter Sekundarschulen sind mit iPads ausgerüstet. Rechtzeitig vor dem gestrigen Schulbeginn seien im August bis Freitag die letzten Geräte ausgeliefert worden, teilt die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) auf Anfrage mit. Das Tablet als mobiler persönlicher Lernbegleiter soll den klassischen Unterricht ergänzen und vielfältiger machen. «Es geht aber nicht darum, das Lesen eines Buches oder das Zeichnen mit Farbstiften vollständig abzulösen», sagt Fabienne Romanens, Sprecherin der BKSD.

Ähnlich tönt es beim Lehrerinnen- und Lehrerverein Basel-Stadt (LVB). «Mehr Tablets bedeuten nicht einfach einen besseren Unterricht», sagt dessen Präsident Philipp Loretz. Evidenzbasierte Lernvorteile müssten im Vordergrund stehen. Als einen Fallstrick des digitalen Unterrichts sieht er etwa die Ablenkungsgefahr, die von den mobilen Geräten ausgeht. «Die Konzentrationsfähigkeit wird beeinträchtigt, wenn im Hintergrund zahlreiche Meldungen über die verschiedenen Kommunikationsplattformen eingeht.» Und der Einsatz einer speziellen Kontrollsoftware schaffe nur bedingt Abhilfe. Es sei nicht möglich, den unterrichtsfremden Einsatz der Tablets zu unterbinden.

Auf Primarstufe entscheiden die Schulen im Baselbiet selber, welche digitalen Geräte sie anschaffen. Zwar gibt es einen im vergangenen Jahr aktualisierten Leitfaden des Kantons. Dieser enthält laut der BKSD Empfehlungen für die Ausstattung, um den Lehrplan im Bereich Medien und Informatik zu erfüllen. Doch schlussendlich hängt der Erwerb von Computern und Tablets vom Budget der Gemeinden als Schulträgerinnen ab.

«Es gibt Primarschulen, in denen ab der 3. Klasse jedes Kind mit einem eigenen Tablet ausgestattet wurde, und solche mit ein paar wenigen Computern im ganzen Schulhaus», berichtet Loretz. Laut einer Umfrage des Amtes für Volksschulen vom Januar 2021 kann gut ein Viertel aller Primarschulen den Lehrplan mit der vorhandenen IT-Ausrüstung «nur teilweise» (21 Prozent der Schulen) oder «nicht» (6 Prozent) umsetzen.

Loretz sagt, dass die erforderliche IT-Infrastruktur für das neu eingeführte Fach Medien und Informatik insbesondere das Budget von weniger wohlhabenden Gemeinden belastet. Läfelfingen etwa gab kürzlich bekannt, 36 iPads auf Antrag der Primarschule zu erwerben. Neben der Ausstattung unterscheiden sich die Primarschulen teils auch im Konzept für den Umgang mit den digitalen Geräten, so Loretz weiter:

«Die einen haben bereits ein ausgereiftes Konzept, die anderen noch keines.»

Für den LVB ist es laut seinem Präsidenten zentral, dass die Schulen auf allen Schulstufen ein umsichtiges Konzept für den digitalen Unterricht haben. «Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein und muss einem pädagogischen Konzept untergeordnet werden, das unter anderem gesundheitliche Faktoren wie Ergonomie, Bildschirmzeit oder Erreichbarkeit verbindlich regelt», sagt Loretz. Er ist dezidiert der Meinung, dass die Schule nicht erwarten darf, dass Kinder und Jugendliche auch abends und an Wochenenden über die Plattform Microsoft Teams erreichbar sein müssen.

«Kritische Stimmen aus der Elternschaft stören sich an der Einmischung der Schule in das Erziehungskonzept der Eltern», nennt Loretz einen weiteren Diskussionspunkt als Folge der Digitalisierung des Unterrichts. Mit dem verordneten Einsatz der IT-Geräte auch im Elternhaus werde die digitale Vereinahmung der Kinder zusätzlich befeuert. Loretz meint, dass zumindest die Erziehungsberechtigten der Primarschülerinnen und -schüler entscheiden können sollen, ob das Schultablet auch zu Hause eingesetzt werden darf. Und für Kinder ohne iPad zu Hause dürfe kein Nachteil beim Erledigen der Hausaufgaben entstehen.

Auf Sekundarniveau I (13 bis 15 Jahre) erhalten alle Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2020/21 ein Tablet vom Kanton. In der Pilotphase hat sich das iPad von Apple durchgesetzt. Dieses habe sich bestens etabliert, so Romanens von der BKSD. «Die Einführung ist durch den coronabedingten Fernunterricht vermutlich etwas schneller abgelaufen als ursprünglich vorgesehen.»

Bei der Wartung der iPads attestiert der LVB-Präsident dem Kanton einen «ausgezeichneten Job». Die iPads werden von Liestal aus problemlos gewartet, so Loretz. Deutlich weniger zufrieden ist er hingegen mit dem technischen Support: Die eingestellten Ressourcen für die Wartung der IT-Infrastruktur und die Beratung der Lehrpersonen vor Ort seien noch unzureichend.

Dass die Sekundarlehrerinnen und -lehrer Unterstützung brauchen, erkannte der Landrat vor geraumer Zeit: Im Oktober 2021 beschloss er die Einführung des Pädagogischen ICT-Supports (PICTS) an den Sekundarschulen ab dem Folgejahr. «PICTS»-Lehrpersonen haben Weiterbildungen absolviert und einen Zusatzauftrag zum «normalen» Unterrichten. Sie



«Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein und muss einem pädagogischen Konzept untergeordnet werden, das unter anderem gesundheitliche Faktoren wie Ergonomie, Bildschirmzeit oder Erreichbarkeit verbindlich regelt.»

Philipp Loretz, LVB-Präsident

helfen ihren Arbeitskolleginnen und -kollegen bei technischen und pädagogischen Fragen rund um das iPad.

«Eine vertiefte Diskussion über den pädagogischen Mehrwert muss nun in Gang kommen», sagt Loretz zum Einbezug des iPads in den Unterricht. Eine in 36 Mitgliedsländern der OECD durchgeführte Studie habe etwa ergeben, dass die Lernenden, die in der Schule häufig mit Computern arbeiteten, bei den Lernergebnissen schlechter abschneiden. «Im Sinne einer wertsteigernden Implementierung der Digitalisierung ist eine evidenzbasierte Herangehensweise deshalb Pflicht.»

Romanens von der BKSD sagt, dass die Schulen noch daran seien, die neuen didaktischen Möglichkeiten in den täglichen Unterricht einzubauen.

Auch auf Sekundarstufe II läuft aus Sicht des LVB noch nicht alles optimal: «Rückmeldungen aus der Basis erwecken den Eindruck, dass zwischen den Baselbieter Gymnasien ein regelrechter Wettkampf herrsche, wer seinen Unterricht am schnellsten und am umfangreichsten digitalisiert», gibt der Präsident zu bedenken. Loretz spricht das BYOD-Modell an,

das seit dem Schuljahr 2021/22 umgesetzt wird: Gymnasialtinnen und Gymnasialisten nutzen ihren eigenen Computer im Unterricht. «Uns stört, dass die Gymnasien teils hohe Systemanforderungen an die obligatorischen Schülergeräte stellen. So seien die Eltern gezwungen, teure zusätzliche Geräte zu kaufen. Die gymnasiale Ausbildung werde damit noch kostspieliger. Das Anrecht auf eine gymnasiale Laufbahn dürfe aber nicht vom Portemonnaie abhängen.

Gleichzeitig mit der Einführung des BYOD-Modells vor einem Jahr wurde das Fach Informatik an den Gymnasien obligatorisch. «Die Rekrutierung von geeigneten Informatik-Lehrpersonen gestaltet sich wie erwartet anspruchsvoll», heisst es von der BKSD dazu. Aktuell seien die Gymnasien im Prozess aber noch auf Kurs. Wie sich die Rekrutierung in Zeiten zunehmenden Lehrer- und Informatikermangels entwickelt, wird sich mit Beginn des Schuljahrs 2023/24 zeigen.

Dann besuchen auch die ersten Jugendlichen das Gymnasium, welche die Sekundarschule mit einem persönlichen iPad durchlaufen haben.

Perle 5: Das befreite Klassenzimmer

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: Daniel Fritzsche

Wann: 5. September 2022

Es ist eine Frage, die früher auf dem Pausenplatz einfach zu beantworten war: «Was arbeitet deine Mutter, was dein Vater?» Die Leute hatten selbsterklärende Berufe: ein Schreiner schreinert, eine Schneiderin schneidert. Heute, in einer Zeit, in der Eltern als «Brand Evangelists» und «Chief Happiness Officers» tätig sind, ist alles viel komplizierter.

Ein Beruf, der heute wie gestern eigentlich einfach zu beschreiben sein sollte, ist jener des Lehrers. Ein Lehrer lehrt. Punkt. Doch so einfach ist es leider auch in diesem ehrenwerten Berufsstand nicht mehr. Leute, die an den öffentlichen Schulen wirken, sind spezialisiert, arbeiten als IF- oder DaZ-Fachpersonen, als Klassen- oder Schulassistenten, in der Logopädie oder Psychomotorik. Für den Unterricht und alles darum herum ist ein ganzer Stab an Unterstützungspersonen verantwortlich. Dass eine Lehrerin einmal alleine vor ihrer Klasse steht, kommt kaum mehr vor. Im Schulzimmer wimmelt es von Personal, das sich den ganzen Tag lang um die «SuS» - das steht für Schülerinnen und Schüler - zu kümmern hat. Möglichst integrierend, möglichst individualisiert.

Wegen der vielen Leute braucht es viele Absprachen und noch mehr unnötige Sitzungen. In der Stadt Zürich etwa tagt regelmässig die Schulkonferenz, in der Fragen, die das ganze Schulhaus betreffen, behandelt werden. Dazu kommen Stufen- und Jahrgangskonferenzen, die ebenfalls periodisch stattfinden. Nicht zu vergessen die Besprechungen von Unterrichts- und Standortteams sowie einer Steuergruppe, die

eine beratende Funktion der Schulleitungen einnimmt. In sogenannten K-Teams, was für «Kooperationsteams» steht, geht es um die Koordination zwischen Schule und Mittagshort - eine Aufgabe, die mit der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen noch an Umfang zunehmen wird. Vor lauter Vernetzung bleibt weniger Zeit für das eigentlich Wesentliche, die Arbeit mit den Kindern.

Um reine Wissensvermittlung geht es im Lehrerberuf ohnehin längst nicht mehr. Die Ansprüche sind in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Dies aus einem an sich hehren Grund: der vielbeschworenen Chancengerechtigkeit. Die Schule soll Rückstände, die Kinder aus unterschiedlichen Umfeldern mitbringen, aufholen - nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch im Sozialen. Einen entsprechend hohen Stellenwert nimmt für Lehrerinnen und Lehrer heute die Arbeit mit und an den Eltern ein; eine weitere Zusatzbelastung.

Nach der obligatorischen Schulzeit sollen alle Schülerinnen und Schüler die mehr oder weniger identischen Startchancen für ein erfolgreiches Leben erhalten haben. Die Schule als grosse Gleichmacherin. Lehrpersonen müssen dabei oft ausbügeln, was Eltern verschlafen haben oder noch so gerne delegieren. Das ist anstrengend, oft undankbar und damit ein wesentlicher Grund für den grassierenden Lehrermangel. Nur wird er von den politisch Verantwortlichen und Bildungstheoretikern kleingeredet.

Man will sich nicht eingestehen, dass viele der Bildungsreformen der jüngsten Vergangenheit gescheitert sind und einer Überholung bedürfen. [...] Was es braucht, sind [...] bessere Arbeitsbedingungen, vor allem weniger Bürokratie, weniger Sitzungen und Absprachen, weniger geteilte Verantwortung, dafür mehr Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit für jede einzelne Lehrerin und jeden einzelnen Lehrer, letztlich ein von Ideologie möglichst befreites Klassenzimmer.

Es ist immer schwierig, den Beginn einer Fehlentwicklung präzise zu datieren. Solche Prozesse dauern lange und sind fließend. Dennoch hat der 10. Juni 1994 ohne Zweifel eine grosse Bedeutung. An diesem Tag wurde im spanischen Salamanca eine Unesco-Erklärung unterzeichnet. An einer Kon-

Wegen der vielen Leute braucht es viele Absprachen und noch mehr unnötige Sitzungen.



© ASDf - stock.adobe.com

ferenz mit 300 Teilnehmern, die 92 Regierungen und 25 internationale Organisationen repräsentierten, stand das Ziel «Bildung für alle» im Zentrum.

Die sogenannte Salamanca-Erklärung hält seither fest, dass jedes Kind einmalige Eigenschaften, Interessen, Fähigkeiten und Lernbedürfnisse habe. Und dass Regelschulen «mit integrativer Orientierung» das beste Mittel seien, «um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, den individuellen Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden und eine integrierende Gesellschaft aufzubauen». Die Schweiz, vorbildlich in der Umsetzung wie meist, ging voran und erklärte die integrative Förderung einige Jahre später in vielen kantonalen Volksschulgesetzen zum Goldstandard, so etwa im grossen Kanton Zürich. Seither gilt die Regel, dass grundsätzlich alle Kinder in einer normalen Schulklasse Platz finden sollen. Auch «schwierige» Fälle, die den Unterricht permanent stören.

So löblich die Absicht, so untauglich die Alltagspraxis. Das integrative Prinzip hat vielerorts zu Unruhe, Überforderung und der geschilderten Personalschwemme geführt. In einer Umfrage unter 10'000 Lehrerinnen und Lehrern gab mehr als die Hälfte an, dass sie die integrative Schulung als Zusatzbelastung wahrnehme. Entsprechend gross sollte der Handlungsbedarf sein. Das Mittel kann nicht sein, Gehörschutze im Klassenzimmer zu verteilen, wie das in mittlerweile vielen Schulen getan wird, weil sich die Kinder nicht mehr konzentrieren können.

Vielmehr sollte das System grundsätzlich überdacht werden. Es gibt Situationen, in denen eine Integration schlicht keinen Sinn hat. Dann etwa, wenn eine Schülerin mit dem Pflichtstoff masslos überfordert ist oder wenn ein Schüler den Unterricht dermassen stört, dass seine Klassenkameraden abgelenkt und die Lehrpersonen total absorbiert sind. Dann sind Sonderschulen, Förder- und Kleinklassen die besseren Mittel als hartnäckige Versuche, Kinder in eine Regelklasse zu pressen. Auch für die betroffenen Schüler kann dies Vorteile haben: Auf ihre Bedürfnisse kann besser eingegangen werden, sie haben Lernerfolge und müssen sich nicht stets mit den fortgeschritteneren Klassenkameraden vergleichen.

Es ist ein zaghaftes, aber dennoch hoffnungsfrohes Zeichen der Einsicht, was Silvia Steiner als Zürcher Bildungsdirektorin [...] kürzlich in einem NZZ-Interview sagte: Bei der Sonderpädagogik sehe sie «Möglichkeiten, wie man die Lehrer entlasten könnte». Wenn es um Kinder gehe, die ernsthafte Probleme hätten, die verhaltensauffällig seien und eine Schulklasse durcheinanderbrächten, brauche es für die Schulen bessere Instrumente, um die Lage zu beruhigen. Steiner

Das integrative Prinzip hat vielerorts zu Unruhe, Überforderung und einer Personalschwemme geführt.

spricht von «Lerninseln», auf die gewisse Kinder vorübergehend geschickt werden können. Das geht zu wenig weit und kann höchstens ein erster Schritt sein. An einigen Schulen wird es bereits so gehandhabt. Die Gefahr ist gross, dass die Bürokratie so nur noch weiter wächst und es zusätzliches Personal braucht.

Vorstellbar wären andere Mischformen, um das an und für sich löbliche Ziel der Integration doch noch - zumindest teilweise - zu erreichen: Sonderschulen könnten beispielsweise vermehrt in reguläre Schulhäuser aufgenommen werden. Begegnungen fänden so immerhin auf dem Pausenplatz statt. «Weichere» Schulfächer wie Musik oder Zeichnen können auch in Zukunft integrativ geführt werden.

Bewegung ist erfreulicherweise in einigen Kantonen zu beobachten. Sowohl im urbanen Genf als auch im ländlichen Nidwalden wird das bisherige Modell hinterfragt. In Basel-Stadt hat ein Komitee eine Initiative lanciert, die die Einführung von Förderklassen vorsieht. Der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer scheint bereit, gewisse Änderungen anzugehen: Die integrative Schule müsse eine «bessere Wirkung erzielen», sagte er unlängst. «Die Lehrer dürfen nicht ausbrennen. Diese Gefahr besteht leider.» In einer Umfrage befürworteten fast drei Viertel der teilnehmenden Lehrer die Wiedereinführung von Kleinklassen. Die Aussagen und Beispiele zeigen, dass die Zeit für eine Reform der Reformen im Bildungsbereich reif ist. Die Debatte um den Lehrermangel in den Sommerferien legte manche Mängel des heutigen Systems korrekt offen. Nun gilt es, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Natürlich wünscht sich niemand eine Rückkehr zur autoritären Lehrer-Lämpel-Schule [...]. Die Individualisierung ist eine Errungenschaft, die aber nicht mit immer höheren Ansprüchen überfrachtet werden darf. Von pädagogischen Konzepten, die dem Gros der Schüler und Lehrer mehr schaden als nützen, gilt es sich zu verabschieden. Was es im Schulbetrieb braucht, ist eine Entschlackung und Konzentration auf den Kern des Unterrichtens. Dieser kann kinderleicht zusammengefasst werden: Ein Lehrer lehrt.



© Marco2811 – stock.adobe.com